

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 6498
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Kämpfe in Stuttgart um eine Feuerungszulage. — Die Stellung des Berliner Stadtparlamentes zur Entlohnung der Gemeindearbeiter. — Altersfürsorge für bremische Staatsarbeiter. (Schluß.) — Neues und altes aus Gortly. — Unsere Agitation. II. — Rechenschaftsbericht für das 2. Quartal 1906. — Der deutsche Arbeiter in Zürich. Geschäftsbericht der Filiale München vom 3. Quartal 1906. — Die Breslauer Gasarbeiter auf dem Wege zur Kettfurneischicht. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Die Kämpfe in Stuttgart um eine Feuerungszulage.

Bereits am 21. April d. J. traten die Stuttgarter Kollegen an die Stadtverwaltung heran um Gewährung einer täglichen Lohnzulage, Feuerungszulage von 30 Pfg. Bekanntlich in Schwabens Richtung eine der teuersten Städte, und da der Gemeinderat sich noch nicht dazu aufschwingen konnte, diesem Rechnung zu tragen und den Anfangslohn für ungelernte Arbeiter von 3,10 Mk. entsprechend zu erhöhen, so mußten die Kollegen daran denken, hier diesen mangelnden Verhandlungs nachzusehen. Trotz verschiedener Interpellationen der sozialdemokratischen Gemeinde- räte konnte die Sache doch nicht in Fluß kommen. In allerletzter Nummer wurde die endgültige Erledigung der Petition immer wieder verschleppt. Endlich riß den Kollegen die Geduld, i. mit der Parole: Entweder — oder! wurde beschlossen, daß man sich, falls der Gemeinderat kein Entgegenkommen zeige, das Notwendige zu erkämpfen bereit sei.

Zunächst waren es die Handwerker, Monteure und Monteurhelfer der Gaswerke, denen sich die Feuer- hausarbeiter, Kohlenführer, Molsmähler und Hofarbeiter angeschlossen, welche den Reigen eröffneten durch Annahme folgender Resolution.

„Die heute, den 25. September 1906, im Lokale „Steig- leber“ versammelten Arbeiter der Stuttgarter Gaswerke erklären sich mit der Forderung der Handwerker und Monteure der Gas- werke betreffend: „Gewährung einer Lohnzulage von 40 Pfg. pro Tag“ in jeder Beziehung einverstanden, und machen dieselben diese Forderung zu ihrer eigenen. Für die Kohlenführer und Molsmähler, welche in Afford arbeiten, wird eine Erhöhung der Affordrate um 10 Prozent gewünscht.

Als Termin, bis in welchem die Versammelten seitens des Gemeinderats bestimmten Bescheid erwarten, wird der 5. Oktober d. J. festgesetzt. An diesem Tage hat eine weitere Versammlung stattzufinden, um die Antwort entgegenzunehmen bzw. um weitere Beschlüsse zu fassen. An den Feuerwerksstand wird das Gelingen gerichtet, inwieweit eine Sitzung einzuübersetzen, um zu der vorstehenden Forderung Stellung zu nehmen, bezw. die- selbe an den Gemeinderat weiter zu leiten.“

Der Arbeiterausschuß kam der Aufforderung, die Sache zu behandeln, sofort nach, und bereits am 27. September fand die Sitzung statt, in welcher auf Antrag des Auswärtigen auch ein Vertreter des Stadtparlamentes erschienen war. In dieser Sitzung gab sich dieser Vertreter, Herr Amtmann Knapp, auch die red- liche Mühe, die Wünsche des Arbeiterausschusses zum Hartellen zu bringen. Aber der liebe Rede war unnoth. Einmütig wurde die Forderung der Gaswerksarbeiter als berechtigt anerkannt. Aus Individualitätengründen verweigerte der Arbeiterausschuß zwar die Forderung von 40 Pfg. auf 30 Pfg. pro Tag, indem er die in der Petition vom 21. April

aufgestellte Forderung: „Gewährung einer Lohnzulage von 30 Pfg. für alle städtischen Arbeiter, rück- wirkend vom 1. März d. J. an.“ nochmals stellte, bezw. beschloß, an dieser unter allen Umständen, komme was da wolle.

Auch hier zeigte sich eklatant der Nutzen einer einheitlichen firmamen Organisation. Da liegt nie die Gefahr vor, daß der Arbeiterausschuß „aus der Reihe tanzt“, daß man jetzt auf einmal Zeit hatte, sich um die städtischen Arbeiter zu kümmern, geht schon daraus hervor, daß Herr Amtmann Knapp den Auftrag hatte, in der gleichen Nacht, nach der Sitzung des Arbeiterausschusses noch dem Oberbürgermeister über das Resultat der Sitzung Bericht zu erstatten.

Die Beschlüsse der Arbeiterausschuss-Sitzung wurden in einer Petition zusammengefaßt und dem Gemeinderat, bezw. jedem Mitglied desselben mitgeteilt. Die zuständige Kommission für dieser Angelegenheiten ist: Die Abteilung des Gemeinderats für innere und ökonomische Verwaltung. In deren nächster Sitzung am 2. Oktober wurde denn auch die For- derung behandelt und dabei beschlossen:

Mitteilung aus der nächstöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 4. Oktober 1906.

Am April d. J. hat der Ausschuß der städtischen Lohnarbeiter ein Gesuch um Gewährung einer täglichen Feuerungszulage von 30 Pfg. an jeden im städtischen Dienst beschäftigten Arbeiter, be- gründet mit der starken Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, ins- besondere der Lebensmittel, eingereicht. Später sind dann von den städtischen Beamten, Inhaberbeamten und weiteren Klassen städtischer Angestellter ähnliche Gesuche eingereicht worden. Nachdem nun im Laufe des Sommers sich gezeigt hat, daß die zur Begründung der Gesuche angeführten, jedermann bekannten und von jedem verspürten Preissteigerungen nicht wohl als vorübergehend angesehen werden können, haben die Bauabteilung und die Abteilung für innere und ökonomische Verwaltung sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß es geboten sei, vom 1. Oktober 1906 ab besondere Feuerungs- maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten zu treffen. Dabei haben sich beide Abteilungen auf den Standpunkt gestellt, daß diese Maßnahmen nicht auf einzelne Klassen städtischer Angestellter zu beschränken, sondern für das ganze städtische Personal zu ergreifen seien, da die Verteuerung der Lebenshaltung eine durchgreifende, alle Schichten betreffende sei. Einigkeit bestand auch darüber, daß die Erhöhung der Bezüge der städtischen Angestellten nicht durch Revision der Gehalts- und Lohnforderungen, sondern durch Zuschläge zu den Gehältern und Löhnen zu erfolgen habe.

Der Gemeinderat hat sich die Auffassung der beiden Abteilungen in eigen- gemacht und vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses einstimmig beschlossen.

1. grundsätzlich anzuerkennen, daß Ver- hältnisse vorliegen, die Feuerungsmaß- nahmen begründen.

2. gleichzeitig festzustellen, daß diese Maßnahmen sich nicht auf einzelne Klassen des städtischen Personals beschränken können, sondern die verschiedenen Klassen in angemessener Weise berück- sichtigen müssen.

3. mit der Ausführung der Feuerungsmaßnahmen, die durch- gängig vom 1. Oktober 1906 ab in Kraft treten sollen, zunächst um, als bei der Arbeiterausschuß zu beginnen.

Zu der Beschlüsse gelangte denn auch in der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober 1906 ab in Kraft treten sollen, zunächst um, als bei der Arbeiterausschuß zu beginnen. Zu der Beschlüsse gelangte denn auch in der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober 1906 ab in Kraft treten sollen, zunächst um, als bei der Arbeiterausschuß zu beginnen.

Arbeitern tausendmal sagen, daß die Arbeiter nur dann mehr bekommen, wenn „sie“, d. h. die Beamten es bewilligen, so sind das wieder nichts als großspurige Redensarten, die von den Vertretern des Bürgertums gebührend zurückgewiesen werden müßten.

Man betrachtet die Arbeiter als eine Beigabe zu den städtischen Beamten, die man nicht gut entfremden, wohl aber doch so behandeln kann, als wären sie Luft. So lange die heterogenen Elemente der städtischen Arbeiter nicht zu einer kompakten Masse zusammengeknüpft sind, die dem Gedanken der Solidarität nachzuleben gewillt sind, so lange wird man auch die Arbeiter und ihre Wünsche so zu bewerten wissen, wie es am letzten Donnerstag im Berliner Stadtverordnetenkollegium geschah.

Was tat man hier? Man schwahte die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeitervertreter unter den Tisch und ging über diese wichtige Sache, die das Lebensniveau der städtischen Arbeiter auf einige Wintermonate wieder zu heben imstande war, zur Tagesordnung über. Es bedarf wohl keiner weiteren Betonung, daß die städtischen Arbeiter über die Verhöhnung, die ihnen seitens des Stadtverordnetenkollegiums und einiger Magistratspersonen entgegengebracht wurde, recht empört sind; unsere Agitation hat durch die Behandlung, welche man den Lohnproletariaten der Stadt Berlin angedeihen ließ, einen neuen Anstoß bekommen. Ein von der Filialleitung herausgegebenes Flugblatt, das mit knappen Sätzen die Situation beleuchtete, ist den städtischen Arbeitern zugestellt worden und nicht zuletzt hoffen wir daher auf einen Mitgliederzuwachs aus jenen Kreisen, die sich von den guten Herzen der höheren Beamten Wunderdinge versprochen. Daß die Berliner Stadtverwaltung bezüglich des sozialen Empfindens noch weit hinter den Verwaltungen der Provinzialstädte zurückbleibt, beweist die für Berlin beschämende Tatsache, daß verschiedene Städte, wie Köln, Stuttgart, Ettlingen u. erhebliche Vollerhöhungen sowie Teuerungszulagen bewilligt erhalten haben. Wir sagen gewiß nicht zu viel, wenn wir angeführt der kürzlich bewiesenen Arbeiterfürsorge in Berlin, auf recht erbauliche Resultate aus den Kommissionsberatungen zu rechnen haben. Die Kollegen unseres Verbandes aber mögen unausgesetzt daran arbeiten, daß zu gegebener Zeit sich die Reihen unserer Organisation so gestärkt haben, daß wir allen Eventualitäten gegenüber gerüstet sind.

Altersfürsorge für bremische Staatsarbeiter.

(Schluß.)

Die Deputation tut sich aber etwas daran zu gute, daß trotz aller dieser sozial zu wünschenswerten Vorschläge doch in Bezug auf die Höhe der Rente etwas Muttergütliches geschaffen wurde. Und um dies zu beweisen, stellt sie folgende Tabelle zusammen:

Hochzeitsjahre	Es erhalten in Bremen			Von den 33 deutschen Städten zahlen in den bezeichneten (eintrüben) Rubelohn und Anzahl Rente		Anzahl Städte
	Rubelohn	Anzahl (4. Kolonne)	Summe	mehr	weniger	
6	200	160	366	—	33	31 Städte gewähren überhaupt keine Rente 2 Städte zahlen einm. Ind.-Rente 241 M. Danzig
10	250	192	442	—	30	3 Städte denselben Betrag
15	300	218	518	1	32	
20	325	244	569	2	31	
25	350	270	620	2	29	
30	375	296	671	5	28	
35	400	322	722	1	30	
40	400	348	748	10	21	
45	400	374	774	1	30	
50	400	400	800	2	26	

Mit dieser Zusammenstellung soll nun bewiesen werden, daß die Rente in Bremen im Durchschnitt höher normiert sei, als — abgesehen von Hamburg — in allen anderen deutschen Städten. Nun steht aber schon die Grundlage, auf der diese Statistik aufgebaut ist, auf sehr wackeligen Füßen. Voller 1/2 Jahre hat also die Deputation gebraucht, um sich Material zu verschaffen, welches schon Dr. Mombert in seinem Buche „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“ vor fünf Jahren verarbeitet hat. Ja, hatte denn die Deputation vor fünf Jahren Beratungen zu tun, daß sie nicht verfolgen konnte, was in den letzten fünf Jahren auf diesem Gebiete geschehen ist. Sie legt ihrer Versammlung 33 deutsche Städte zugrunde, welche angeblich Rubelohn gewähren. Vor uns liegt eine Zusammenstellung, laut welcher nicht weniger als 61 Städte für ihre erwerbsunfähigen Arbeiter Altersversicherungsgeld erhalten haben. Aber auch mit der durchsichtlichen Codifizierung Bremens hat es so seine eigene Bedeutung. Wer die Tabelle aufmerksam liest, wird bald merken, daß an der Zeigerung vom 35. Febr. 1900 ab Bremen bereits unabhängig ist und diese lediglich aus der Zeigerung der Invalidenten resultiert.

Ganz abgesehen davon, daß erst nach 35 Jahren die Höchstgrenze erreicht wird, muß auch ein Rubelohn von 400 M. als vollständig unzureichend bezeichnet werden. Bedeutet er doch, bei einem Tagesverdienst von nur 3 M., nicht ganz 15 Proz. des Jahreseinkommens. Die Unzulänglichkeit scheint auch der Deputation selbst zum Bewußtsein zu kommen, wenn sie annimmt, daß, wenn den Versicherten die Wahl freistünde zwischen freiwilliger Weiterversicherung und Rückzahlung der Beiträge, viele die Rückzahlung des kleinen durch gezahlte Beiträge angeammelten Kapitals der Weiterversicherung vorziehen würden. Ferner man denke! Man will sogar denjenigen, welche aus dem Arbeitsverhältnis zum Staate ausscheiden, die freiwillige Weiterversicherung gestatten, wenn sie die ganzen Beiträge, also auch die vom Staat bis dahin bezahlte Hälfte weiter entrichten. Hvor soll ihnen auf ihre eventuelle Pension hin 33 Pf. pro Woche gestundet werden; aber wenn die Deputation annimmt, daß die Arbeiter mit Rücksicht auf die Ungewißheit, ob sie den Versicherungsfall erleben werden, die Rückzahlung der Beiträge vorziehen würden, so kann man sich des Gefühls nicht erwehren, als ob auch bei diesem „Entgegenkommen“ derartige Erwägungen mitbestimmend gewesen wären.

Alles in allem genommen, entspricht der Entwurf in nichts den berechtigten Erwartungen der bremischen Staatsarbeiter, und diese haben denn auch ihrer Meinung unverblümt Ausdruck gegeben. Inwiefern diesen Wünschen in der Bürgerschaft Rechnung getragen wird, müssen die nächsten Wochen zeigen. Leider kann uns aber das bisherige Verhalten der Bürgerschaftsmajorität in sozialpolitischen Fragen nicht in der Ueberzeugung bestärken, daß wesentliche Verbesserungen an dem Entwurf vorgenommen werden. Zumal, wenn man sich die Stellungnahme der führenden liberalen Blätter vor Augen hält, schwindet die Hoffnung auf Erfüllung der von den Staatsarbeitern selbst geäußerten Wünsche. Schreibt doch die „Brem.-Ztg.“: „Mit der Verwirklichung des Vorhabens, woran gar nicht zu zweifeln ist, vollzieht sich eine außerordentlich wohlthätige Einrichtung, die die neuzeitliche Sozialpolitik mit vollem Recht auf ihr Konto schreiben kann.“

Und die „Kreuz-Ztg.“, welche dem Gedankengange der Defertante folgt, fügt hinzu:

„Wenn er (der Staatsarbeiter) nun noch durch Sparfamelei dafür sorgt, daß er einen Rotzroschen in der Hand behält, so kann er in Ruhe den Alterabelschmerzen oder der Invalidität entgegensehen.“

Und recht interessant ist es, daß sowohl „Brem.-Ztg.“ als auch die „R. A. Z.“ im trauten Verein mit der „Kreuz-Ztg.“ und des „Dresdener Anzeiger“ die Ablehnung der Hinterbliebenenfürsorge gutheißen, indem sie schreiben:

„Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Arbeiter ist eine große Aufgabe, die zunächst dem Reiche zugewälzt ist. Es war angeregt, sie durch bremisches Gesetz gleichzeitig mit der Rubelohnberechtigung zu erledigen. Es hat davon abgesehen werden müssen, eben weil das Reich dazu schreiten will. Für Bremen hätte es sich obnehin nur um die im Staatsdienst tätigen Arbeiter gehandelt; nur auf diese erstreckt sich das neue Gesetz. Für die im Dienste privater Unternehmer stehenden Arbeiter sind Rubelohn und Hinterbliebenenfürsorge höchstens durch private Initiative beschafft, und auch entfernt nicht für alle. Die Reichsgesetzgebung soll sich auf alle beziehen.“

Unsere Bremer Kollegen werden dadurch wieder in ihrer Ansicht bestärkt werden, daß ihre wirklichen Interessen von jener Seite keinerlei Förderung erfahren. Und wenn dann alle diese Blätter ihre Betrachtung mit dem läppischen Versuch schließen, die Sozialdemokratie zu diskreditieren, indem sie sagen:

„Auf eins muß man natürlich nicht rechnen: auf Widerung der sozialdemokratischen Geharheit. Wie alles, was bisher geschehen ist, keine Abnahme derselben erwirkt hat, so wird nach dieser Richtung hin auch die neue Aktion vergeblich sein. Wir haben uns niemals viel davon versprochen. Der Staat tut seine Pflicht, auch wenn er Un dank erntet. Aber wir wissen, daß gerade in Kreisen, die im Staatssozialismus die führenden geworden sind, über die Erfolglosigkeit gegenüber der sozialdemokratischen Verheißung tiefe Niedergeschlagenheit herrscht. Und doch ist von allen positiven Leistungen nichts auf die Sozialdemokratie zurückzuführen.“

so brauchen wir nur auf das Wort aus berufenem Munde, das auch hier für den Bremer Liberalismus einwandfrei ist, hinweisen: „Eine die Sozialdemokratie hätten wir keine Sozialgesetzgebung.“ Und auch in Bremen war es die Vertretung der Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Faktion der Bürgerschaft, welche den Stein ins Rollen brachte, auch dort u. a. u. unsere organisierten Kollegen, welche immer und immer wieder den Staat an seine sozialpolitische Pflicht erinnerten. Je machtvoller diese beiden Faktoren sind, desto schneller wird das Tempo werden, welches der Staat einschlagen muß.

Unsere Bremer Kollegen mögen daraus die Konsequenzen ziehen. (Die Stellungnahme unserer Bremer Kollegen folgt in nächster Nummer.)

Druckfehler-Verichtigung. In Nr. 41. Spalte 692, Zeile 31 der „Gewerkschaft“ hat sich ein fälschlicherweise Druckfehler eingeschlichen. Es muß natürlich heißen: „Der Arbeiter ist kein Feind der nützlichen Arbeit.“ Der aufmerksame Leser dürfte dem Fehler wohl selbst berichtigt haben.

Neues und altes aus Görlitz.

Görlitz hat einen neuen Bürgermeister erhalten. Am 1. Oktober hat der „neue Herr“ sein Amt offiziell angetreten und wie bei solchen Anlässen üblich, eine Rede vom Stapel gelassen, die immerhin einige bemerkenswerte Punkte bietet. Nachdem der Redner seinen Wählern für das ihm bewiesene Vertrauen gedankt und versprochen hatte, „seinen“ Beamten nicht nur ein Vorgesetzter zu sein, sondern auch an ihrem Leben und Wohlbefinden regen Anteil zu nehmen (wo bleiben die Arbeiter?), kam er auf die Aufgaben zu sprechen, welche im Interesse der Stadt noch zu lösen wären. Zunächst nahm er Bezug auf die unter seinem Vorgänger gelassenen Einrichtungen, das neue Krankenhaus und die neue Gasanstalt, welche mühsertätig in der Ausführung seien. Er erklärte ferner: Unser harren noch andere wichtige Sorgen. Die Gehälter der Lehrer, Beamten und Angestellten müssen aufgebessert werden. Vor allem aber müssen wir danach trachten, Görlitz den Ruf als Gartenstadt und — Pensionopolis zu wahren. (Pensionopolis ist sehr schön!) — Aber warum hat es denn Herr Rüdtenmann, der ehemalige „Stadtgewaltige“, vorgezogen, seine 10 000 Mark Pension in Salzwitz bei Berlin zu verzehren? Also die Lehrer- und Beamtengehälter müssen erhöht werden. Von einer Aufbesserung der Arbeiterlöhne jedoch, ist kein Ton laut geworden.

Werk's auch, Magistratsarbeiter! Es mag sein, daß die Beamtengehälter nicht mehr ausreichend sind. Aber die Arbeiterlöhne sind es noch viel weniger. Man läßt noch immer den Arbeitern im Winter weniger verdienen. Es kommt bald wieder die Zeit, wo die Magistratsarbeiter ganze 13 Mk. 86 Pf. pro Woche heim „Schleppen“. Damit auszukommen ist ein Kunststück. Glaubt man wirklich, der Arbeiter kann von der Luft leben?

Man erledige doch nun endlich die im Dezember eingereichte Petition der Arbeiter.

Die neue Gasanstalt ist nun im Betrieb. Mustergütig in der Ausführung soll sie nach den Worten des Bürgermeisters sein. Auf die technischen Einrichtungen mag das schließlich zutreffen und wir sehen nicht an, das Gute zu würdigen. So ist an der Badeeinrichtung bisher nichts auszuweisen, auch hat man für eine ausreichende Frühstücksstube getornt. Zu bemängeln wäre, daß die Frühstücksstube zugleich als Ankleideraum und Garderobe dienen muß. Auch könnte man für den Badehabenden im Oberbaute eine Sitzgelegenheit schaffen, damit dieser sein Frühstück nicht im Stehen einnehmen braucht. Ferner wäre es angebracht, die Zahl der Arbeiter nicht gar so niedrig zu halten, denn sonst sind alle durch die moderne Einrichtung geschaffenen Erleichterungen hinfällig. Und noch eins: warum hat man hier nicht gleich den Anstundentag eingeführt?

Die Gelegenheit war doch selten günstig, ebendenn haben die Arbeiter denselben gefordert.

Das Benehmen des Herrn Betriebsleiters Kirchhof ist auch alles andere, nur nicht mustergütig. Kürzlich verlangte dieser Herr, daß die Arbeiter ein Schriftstück unterschreiben sollten, ohne ihnen den Inhalt bekannt zu geben. Als sich die Arbeiter weigerten, dies zu tun, fuhr der Herr auf und sagte: wenn's nicht paßt, der weiß'scheid, der kann gehen, jawohl, alle könnt ihr gehen. Wohlgemerkt, es waren alles alte, langjährige Arbeiter! Glaubt denn dieser gute Mann, die Gasanstalt ist sein Privateigentum, in welchem er wohnt und wachen kann wie er will? Ihm sind wohl eingerichtete, langjährige Arbeiter ein Dorn im Auge? Nun, es wird dem guten Manne schon noch klar werden, was sich für einen städtischen Beamten geziemt!

Wohl hat man den Gasarbeitern kürzlich 2 Pf. pro Stunde zugelegt, jedoch mit Rücksicht auf die auch in Görlitz hohen Lebensmittelpreise würden die Arbeiter wenig davon. Es kommt noch hinzu, daß die Gasarbeiter jetzt einen weiten Weg zu machen haben, da die neue Anstalt weit im freien Feld liegt. Hier wäre eine besondere Vergütung, ein sogenanntes Wegegeld sehr angebracht. Ferner ist noch zu kritisieren, daß in der Lohnzahlung große Verschiedenheit herrscht. Augensteckend handelt Herr Kirchhof, wie es im Sprichwort heißt: das Pferd, welches den Fahrer verdient, kriegt ihn nicht.

Es ist also wohl ersichtlich, daß Neues eingeführt ist, daß aber leider noch sehr viel Altes beibehalten wird. Vor allem die große Ungleichgültigkeit der Arbeiter selbst. Es rüstet nichts, wenn man sagt, daß es nirgendszuland. Es muß für Abhilfe getornt werden. Wenn die Oberbürger Petrich, wirklich mustergütig werden sollen, müssen die Arbeiter energisch mit helfen. Und soll die nun bald vor Jahresfrist eingereichte Petition endlich erledigt werden, müssen auch hier die Arbeiter selbst den nötigen Nachdruck verfahren. Dem Magistrat muß verbindlich gemacht werden, daß es so nicht weiter gehen kann.

Tausend, Magistratsarbeiter, hinein in den Gewerkschaftsarbeiterverband!

Unsere Agitation.

II.

Der Schlangen ging die Arbeit nach Nürnberg. Wenigleich auch am heutigen Tage die Examinanden nicht selten Boden gewonnen hat und durch den Zusammenhalt der Kollegen schon manches für die Verbesserung ihrer Lage geschehen ist, so zeigte doch der Besuch

ber am 11. September d. J. im Saalbau abgehaltenen Versammlung nicht viel von regem Interesse, welches die städtischen Arbeiter kürzlich sonst am Verbandsteden nehmen. Man könnte bald glauben, daß die dortigen Kollegen veranlassungs-müde seien, wenn sich nicht öfter das Gegenteil bemerkbar machte. Geiprochen wurde über das Thema: Die Organisation der städtischen Arbeiter und ihre Erfolge, sowie darüber: Was ist zu tun, um die Lage der Arbeiter weiter zu verbessern? Die Anwesenden stimmten den Ausführungen der einzelnen Redner vollinhaltlich zu. Selbstverständlich ist nun wohl auch zu erwarten, daß die Kollegen nicht bloß als zahlende Mitglieder fungieren, sondern weiter wie bisher für Ausbreitung unserer Ideen sorgen.

Ueber die Nürnberger Versammlung ließe sich ähnliches sagen. Bei vielen Kollegen fehlt es hier noch an der so nötigen Aufklärung. Man will wohl ernten aber nicht mit Säen reiß. Lyster bringen. Gilt es doch in unseren gewerkschaftlichen Organisationen, nicht bloß die Beiträge pünktlich zu zahlen und im eventuellen Falle Unterstützung zu erheben, sondern wir sollen auch als organisierte Arbeiter handeln und vor allem unsere im stammförmlichen Genossen moralisch und finanziell unterstützen. Wenn auch die Gesamtheit für das Vorgehen Einzelner nicht verantwortlich gemacht werden kann, so ist es doch öfters möglich, die Kollegen aufzufälliger über ihr Handeln und sie von unbedachten Schritten abzuhalten. Ganz besonders notwendig ist es auch, daß sich unsere Kollegen nach unserem Programm richten und nicht die nur sogenannten Arbeiterfreunde bei irgend welchen Gelegenheiten unterstützen. Wer nicht für die Verbesserung unserer Verhältnisse ist, kann auch nicht erwarten, daß wir ihn ins Parlament wählen oder gar seine teuer bezahlte Zeitung lesen.

Zur Tagesordnung stand in dieser gleichfalls nicht überfüllten Versammlung, die am 12. September in der „Goldenen Mose“ tagte: Sozialpolitische Aufgaben der Stadtgemeinden. Aus dem hier zu gemachten Ausführungen der einzelnen Redner ging genugsam hervor, daß auf diesem Gebiete in Nürnberg noch sehr viel zu tun ist. Der hiesige Magistrat mitunter den Stadtvorordneten läßt sich eben freiwillig zu seinen Jugendsünden an die Arbeiter herbei. Es bedarf deshalb eben des Nachdruckes der Kollegen. Möge jeder einzelne dafür sorgen, daß dieser in Zukunft immer größer werde. Die verhältnismäßig kurze Agitationstour erreichte ihr Ende am 13. September in Würzburg. Den örtlichen Verhältnissen entsprechend, konnte der Besuch als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das Thema lautete: Wie können die städtischen Arbeiter ihre Lage verbessern? Nachdem der Referent, sowie auch die Diskussionsredner sich einmütig für eine kräftige Organisation ausgesprochen hatten, da heutigen Tages nur dieser noch Beachtung gebührt werde und nur durch ihren Druck auf die Gründung der Zweige der Arbeiter zu rechnen sei, wurde noch die Organisations- und Agitationsfrage erörtert. Da auch hier diesbezüglich viel zu tun übrig ist, sprachen sich die Kollegen alleamt für die Errichtung eines Gauverbandes in Nürnberg aus. Diese Angelegenheit ist in all den fraglichen Versammlungen gleichfalls mitschüttert worden und überall in der vorerwähnten Weise beachtet worden. Wollen wir wünschen und hoffen, daß diese neue Einrichtung dazu beiträgt, die Lage der Kollegen im Gau Nürnberg zu heben.

Die zweite Tour erstreckte sich über den Gau Köln und Mannheim. Als erster Ort kam hier am 21. September Düsseldorf in Betracht. Diese Filiale hat seit ihrem Weichen einen langsamen aber stetigen Aufschwung genommen. Die Beitrags-erhöhung ist da schon seit August durchgeführt und ohne Mitgliederverlust überwunden. Die Mitgliederzahl hat vielmehr an Stabilität zugenommen. In der Versammlung selbst, die entsprechend besucht war, wurde, nach dem Vortrage über die Organisation der Gemeindefreier und ihre Erfolge,ilage geführt über die Luertreibereien der Christlichen sowohl wie auch des Fabrikarbeiter Verbandes. Auch die Entlohnung der Hilfsarbeiter, welche zur Zeit auf 3,20 Mk. steht, während der örtliche Tageslohn 3,50 Mk. beträgt, entfiel den Unmut der Kollegen. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf verwiesen, daß durch die verschiedenen Kollegen, welche der Bewegung noch indifferent gegenüberstehen, so manche ungünstige Position verstanden ist. Wenn hier alle Kollegen mit einschließen und sich nicht ein Teil feige zurückziehe, um dann ohne Mühe und Schereieren an den Früchten der Organisation teilzunehmen, dann könnte öfter mehr erreicht werden. Mit der Zeit werden aber auch sie zur Erkenntnis kommen.

Mit einem recht guten Besuche hatte die Versammlung der Filiale Elberfeld zu rechnen. Die Kollegen hatten das Thema: Warum müssen wir uns organisieren? gewählt. Hierbei wurde wieder bemerkt, daß gerade in E. die Lohnverhältnisse noch recht verbesserungsbedürftig sind. Wenn jetzt den Kollegen noch nicht in hinreichender Weise Rechnung getragen sei, so liegt das eben daran, daß ein ganz ausreichender Teil der Organisation fernbliebe. Der Stamm der Organisation am Orte sei wohl gut, auch die Fortschritte in den Mitgliederzahlen wären unverkennbar, zur Durchföhrung wichtiger nennenswerter Vorhabenungen sei aber mangelhaft ein größerer Nachdruck erforderlich. Deshalb müsse fernerhin noch mehr wie bisher für die Ausbreitung des Verbandes getornt werden. In der Diskussion erörterten die Kollegen munter, daß man wohl den Augen der Organisation keine, bei den jetzigen hohen Lebensmittel-

preisen und sonstigen gesteigerten Ausgaben müsse jedoch bedeutend mehr gedeihen. Die Entwicklung der Eisenerzfelder Ästiale verspricht die besten Früchte.

Am 21. September fand dann in Düsseldorf die Konferenz für Rheinland und Westfalen statt, worüber ja in voriger Nummer schon berichtet ist und sich deshalb ein weiteres Eingehen hierauf erübrigt.

Einen guten Nachklang hat auch unsere Ästiale Köln gemacht. Der Versammlungsbereich sowie die Diskussion in derselben zeigen deutlich, daß am Orte ein reges Verbandsleben herrscht. Leider sind viele Kollegen in ihrer Tätigkeit sehr unzufrieden. Dies mag wohl durch die verwerflichen Maßregelungen von Kollegen während der einen Zeit des Scheiterns unserer Zweigstelle hervorgerufen sein, jetzt aber, wo die Mitglieder sich einen neuen Aufschwung gebührende Höhe erreicht hat, und die Erwartung wohl oder übel mit der Organisation der hiesigen Arbeiter zu rechnen hat, ist hierzu kein Veranlassung mehr. Trotz aller Widerwärtigkeiten und sonstigen Schwierigkeiten sind wir hierorts sehr gut vorwärts gekommen. Der Stand der Organisation und ihre Erfolge, über welche in der Versammlung vom 21. September gesprochen wurde, gab auch Anlaß dazu, daß unser Vizepräsident in dieser Hinsicht nicht ohne Kritik geblieben ist. In all diesen Versammlungen blieben wir von uns selbst nicht zu verdrängen imstande, was dem sie uns nicht nicht gerade gern anstehen lassen. Alle ihre Gegenmaßnahmen hat uns in höchstem Maße missgefallen; wir haben vielmehr dort gut und können schließlich auf noch weitere Erfolge hoffen.

In Köln Mannheim begann unsere Tätigkeit mit Worms. Die Arbeit ist nun hier die selbige und jedoch von Teilhabern und für die gleiche Sache voller Interesse. Die Zusammenarbeit mit den hiesigen Komitee mehr ergebnislos. Bei der verhältnismäßig kurzen Zugehörigkeit der dortigen hiesigen Arbeiter zu unserem Verbands kommen nur noch auf Grund des jetzigen Standes die besten Verhältnisse herbei. Die den Kollegen in der Versammlung vom 25. September gewordene Aufklärung wird hauptsächlich dazu beitragen, daß die Verhandlung am Ende bald bessere werden.

Die am 25. Sept. in Ludwigshafen stattgehabte Versammlung war von etwa 120 Kollegen besucht. Auch einige Stadträte waren erschienen. Im Verlauf über die Stadtgemeinden als Arbeitgeber wurde betont, daß eine Stadtgemeinde als Arbeitgeber nur Nachteile anwenden könne. Leider viele Vorkommnisse noch hinter den Vorarbeiten zurück, denn es werden hier noch keine von 200 Mk. bezahlt. Mit 200 Mk. Tagelohn könne kein Mensch eine Familie ernähren. Selbst ein Tagelohn von 3 Mk. sei kein Lohn für einen Arbeiter, der den ganzen Tag zuhause sitzen müsse, wie dieses bei den Metallarbeitern vorkomme. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent gestiegen, dagegen sei der Lohn nur eine Steigerung von wenigen Prozenten. Die Kollegen, dem besten bis zum niedrigsten, beschränken immer Gehaltsaufschlag, warum soll dann ein Arbeiter mit 200 Mk. nicht um Verbesserung einkommen. Der Gewerkschaftsverband hat am 30. Mai eine Beschlussempfehlung von 20 Prozent in jedem Mann gegeben, aber leider wurde nichts bewirkt. Die Sitzung der Organisation bei dem oben genannten. Im gleichen Sinne sprachen auch die anderen Redner. Allem Anschein nach machen sich jetzt auch in E. mehrere Bestrebungen in der Organisation geltend, nachdem früher vielfacher Aufstieg und Niedergang im Verbandsleben zu verzeichnen war.

In den kleineren Zählstellen unseres Verbandes gehört auch Neunkirchen. Die dortigen Lohn und Arbeitsverhältnisse, es werden dort 3 R nur 220 Mk. Arbeitslohn für Zehnerstunden, Wegearbeiter, Matrinenreiner so gestellt, bieten Gelegenheiten an, lebhaften Anteil. Der Bestimmungsbereich war auf zum Lohn wurde nach empfinden dem Gewerkschaftsverband berichtet. Auch diese junge Ästiale ist noch entwicklungslos. Durch Einreden der Kollegen kann da noch sehr viel für die Verbesserung der Lohn und Arbeitsbedingungen geschehen.

Am 28. September brachte die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung in Heideberg. Der Nachklang auf dem Gebiet der Organisation ist hier unermesslich. Von heute auf morgen lassen sich aber die schon lange eingetragenen Zustände nicht beseitigen. Es liegt deshalb an den Kollegen, durch andauerndes Bestreben im Verband und durch Entlassung der Verantwortlichen, dem Verbands, daß die Dinge nach und nach zur Beseitigung der Kollegen geändert werden. In allen unseren Angelegenheiten führt eben nur Ausdauer zum Ziele. Und was werden erreicht werden kann wurde ja im Meteor, durch die Zustimmung unserer Erfolge gesagt.

Der Bestimmungsbereich bildete hauptsächlich der Organisation selbst, eine von etwa 20 Personen besetzte Bestimmungsbereich am 30. September in Mannheim. In dieser Hinsicht ist besonders eine lebhaftes Interesse über die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Wenn auch, wie im Meteor gesagt war, allenthalben ansehnliche Erfolge zu verzeichnen sind, so ist es doch noch sehr viel zu tun, wenn das Leben der hiesigen Arbeiter einigermaßen erträglich gestaltet werden soll. Jeder aber es unter den Kollegen selbst noch viele, welche die Macht der Einigkeit des Proletariats noch nicht ge-

bührend schätzen und zur Verschlechterung der Massen beitragen. Sind doch in Mannheim eine Anzahl Katenwärter aus dem Verbands getreten, weil ihnen die Beiträge zu hoch erschienen. Sie sind in Folge dessen den Isolationsorganisierten freien Gewerkschaften beigetreten. Neben und diesen Abtrünnigen diese Tat entschieden nicht bringen. Um müßiggelüste Einrichtungen herbeizuführen, dürften solche Extravaganzen überhaupt nicht vorkommen. Im übrigen geht es in Mannheim vorwärts, wenn selbst nicht immer allen Wünschen entsprochen ist.

Das allgemeine Bild dieser beiden Agitationsstufen ist befriedigend. Eine Zweifel wird auf die geleistete Arbeit ihre Leistungen nicht bestehen.

Der deutsche Arbeiter in Zürich.

Das laufende Jahr hat in der Stadt Zürich eine Reihe von Streiks gebracht, die eine bisher noch nie gekannte Verächtlichkeit der Streikgegner bewirkt. Das hatte zur Folge, daß die stampholische Arbeiterkraft und Unternehmertum einen merkwürdigen leidenschaftlichen Charakter annahm und daß die Regierung des Kantons Zürich sich nächstens zum Werkzeug des wütenden Bürgerturns machte.

Zürich steht unter dem Zeichen der schandbarsten Reaktion. Die ungewordenen Zücker begnügten sich aber nicht damit, die Regierung so sehr als möglich zu machen sondern sie ließen die Zeit der Bürgerhaft auch dadurch anzunehmen, daß sie eine wankende Auslandserbe inzentrierten und die gesamte bürgerliche Presse den Versuch machte, dem Kampf gegen die organisierte Arbeiterkraft einen nationalen geradezu chauvinistischen Anstrich zu geben, um die Meinung zu verbreiten, als ob nur die Ausländer die Schuld an den leidenschaftlichen wirtschaftlichen Kämpfen zu tragen hätten.

Der Versuch ist ihnen in weiten Volkskreisen leider nur zu gut gelungen und die schamlos lügenhafte Verarbeit hat weit herum eine merkwürdige Ertüchtung gegen die deutschen und italienischen Arbeiter bewirkt.

Das zeigte sich in seiner widerwärtigsten Form, als infolge des Streiks, insbesondere im Baugewerbe, die Staatsgewalt erst durch die Polizei und dann durch die Militärs mit einer Welle und Brutalität gegen die Arbeiter vorging, die der zürcherischen Polizei nie zugetraut worden wäre. Die empörenden Gewalttaten richteten sich während dieser Zeit hauptsächlich gegen die Ausländer, und wenn ein Deutscher sich nur eine Bemerkung erlaubte, so riskierte er nicht etwa nur Verhaftung zu werden, sondern er wurde von der Polizei in der rohesten Weise mit Knütteln und Prügelritten, vom Militär ebenfalls mit Steinwürfen und Schlägen mißhandelt. Da es ist sogar von der Regierung angegeben worden, daß verhaftete Ausländer in der Militärkaserne mit Bettentischen geschlagen wurden. Und das in Gegenwart Schweizerischer Offiziere, in es waren sogar Offiziere selbst, die gewarnt haben.

Weiter die Regierung noch die Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Im Gegenteil, die Regierung des Kantons Zürich hat die Zwangsmaßnahmen der Reaktion lebhaft mitgemacht und hat sie schließlich damit gekrönt, daß sie eine große Zahl von Arbeitern, es sind ihrer über dreihundert aus ihrem Staatsgebiete ausgewiesen hat. Zum Teil wegen der heimlichen Hebetätigkeit von Polizeischritten wurden die Leute des Landes verwiesen, Leute, die seit Jahren hier arbeitend und zente, die Familie hier haben und für die die Ausweisung den ökonomischen Sinn bedeutet.

Der Fremdenhaß ist damit angeheizt und großgezogen worden, daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Mensch milderer Klasse betrachtet wird.

Daneben hat sich die Wut des Bürgerturns auch gegen die gesamte Arbeiterkraft gerichtet und hat zu schandbarsten Maßnahmen geführt, die selbst für Töden und Freuen merkwürdig wären. Im ganzen Kantons ist das Streikverbot verboten worden. Gegenwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, ein richtiges Zuchtbandgesetz einzuführen, und am Ende werden die neuen Bestimmungen werden die Ausländer, die auf die blutdürstigen Polizeiarbeiter hin ausgewiesen werden.

Der Kampf der Arbeiterkraft für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist darum in Zürich außerordentlich erschwert und das Lebensunterhalt hat es den Ausländern fast unmöglich gemacht, sich daran zu beteiligen.

Die deutschen Arbeiter haben daher gerade jetzt nicht das geringste Interesse daran nach Zürich zu kommen um sich den schandbarsten Verharmungen und Mißhandlungen auszuweichen. Bismarck liegt es in ihrem eigenen Interesse, den Schweizerischen Gewerkschaften den Kampf nicht dadurch zu erleichtern, daß sie den Arbeitsmarkt für die Unternehmern gänzlich schließen.

Die deutschen Arbeiter werden dabei eindringlich gewarnt, sich in diesem Kampf dem kommenden Jahre nach Zürich zu begeben. Wenn sie es tun, werden sie am besten, der Geduld der wilden Reaktion in kürzester Zeit eine rote Schwärze zu legen.

Einnahmen und Ausgaben der filialen respektive (1. April 1906 bis

Kontrollnummer	Filiale	Bei der Beauflo- gung am	Einnahme																							
			Sonderbei- der letzten Abrechnung		entw. bei der letzten Abrechnung		entw. bei der letzten Abrechnung		Sonder- beiträge für männliche Mitglieder		Sonder- beiträge für weibliche Mitglieder		Sonder- beiträge für weibliche Mitglieder		Tele- phonien		Ertra- genen der Filialen		Zentige Ein- nahmen		Summe der Einnahme					
			RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF	RM	PF				
1	Bamberg	11. 7. 06	89	70	1	—	—	—	237	80	—	—	—	—	7	30	—	—	—	—	335	80				
2	Bam. Sübelmsleben	16. 7. 06	33	41	3	—	—	—	101	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	243	01			
3	Barmen	14. 7. 06	147	67	1	—	—	—	296	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	3	—	417	17			
4	Berlin	26. 7. 06	9965	97	222	50	8	75	9676	10	217	50	36	70	314	90	2432	40	28	55	22963	37				
5	Gruppe: Mevier Jähr.	14. 7. 06	808	15	23	50	—	—	1666	60	—	—	—	—	53	10	416	65	—	10	2971	20				
6	Bielefeld	18. 7. 06	131	46	3	50	—	—	184	—	—	—	—	—	6	70	—	—	—	—	323	66				
7	Brandenburg	23. 7. 06	27	34	—	—	—	—	91	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	129	01			
8	Bremen	12. 7. 06	891	12	27	—	—	—	959	—	—	—	—	—	2	50	45	—	—	—	—	2691	87			
9	Breitau	17. 7. 06	2149	42	24	50	—	—	1570	80	—	—	—	—	60	50	1321	80	27	80	5118	82				
10	Carls	21. 8. 06	—	—	1	—	—	—	171	—	—	—	—	—	5	30	—	—	—	—	—	180	30			
11	Chemnitz	6. 7. 06	198	54	7	50	—	—	367	40	—	—	—	—	3	—	10	70	195	25	1	40	783	79		
12	Colnar i. Ch.	6. 7. 06	39	44	—	—	—	—	150	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	194	34		
13	Coln a. Rh.	23. 7. 06	485	01	31	50	—	—	861	—	—	—	—	—	3	15	33	40	390	10	29	48	1836	64		
14	Dortmund	18. 7. 06	—	—	21	—	—	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72	30		
15	Dresden	24. 7. 06	8935	77	58	—	—	—	2603	—	—	—	—	—	37	05	2	20	76	10	4006	35	88	62	15897	09
16	Düsseldorf	26. 7. 06	54	91	18	50	—	—	217	80	—	—	—	—	8	40	—	—	—	—	—	—	345	66		
17	Erlang	30. 7. 06	69	44	4	—	—	—	181	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262	84		
18	Erlfeld	18. 7. 06	264	61	13	50	—	—	188	40	—	—	—	—	7	50	—	—	—	—	—	—	521	11		
19	Erfurt	11. 7. 06	117	59	2	—	—	—	120	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	244	79		
20	Erlangen	9. 8. 06	—	44	5	—	—	—	65	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	73	44		
21	Frankfurt a. M.	18. 7. 06	627	98	15	50	—	—	751	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1814	98		
22	Freiburg i. B.	9. 7. 06	387	97	6	50	—	—	301	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	711	97		
23	Gera i. Sa.	19. 7. 06	492	99	6	—	—	—	412	—	—	—	—	—	4	30	17	25	363	—	—	—	1655	49		
24	Götha	25. 9. 06	44	60	—	—	—	—	55	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116	60		
25	Göttingen	10. 7. 06	87	02	3	—	—	—	68	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162	94		
26	Hannover	24. 9. 06	201	72	3	—	—	—	86	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	318	97		
27	Helmstedt	29. 7. 06	61	38	3	—	—	—	113	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184	78		
28	Hildesheim	14. 7. 06	5	74	1	—	—	—	33	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	74		
29	Halle a. S.	7. 8. 06	100	58	6	—	—	—	157	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	309	68		
30	Hannover	31. 7. 06	2968	68	280	—	—	—	7389	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13972	01		
31	Hannover	11. 7. 06	54	17	1	50	—	—	194	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169	77		
32	Hannover	12. 7. 06	20	15	23	50	—	—	397	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	458	95		
33	Heidelberg	24. 7. 06	239	69	4	—	—	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	503	91		
34	Herrmann	6. 7. 06	265	92	3	50	—	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	652	4		
35	Hertford i. B.	18. 7. 06	—	—	10	—	—	—	30	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	20		
36	Hildesheim	9. 7. 06	85	86	6	50	—	—	235	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	347	86		
37	Hildesheim	26. 7. 06	320	53	54	50	—	—	600	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1173	50		
38	Hildesheim	15. 7. 06	542	95	50	50	—	—	1186	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1817	75		
39	Hildesheim	7. 8. 06	—	—	10	—	—	—	69	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	96	50		
40	Hildesheim	23. 7. 06	971	48	15	—	—	—	1544	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2269	52		
41	Hildesheim	30. 7. 06	—	—	22	—	—	—	556	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	703	84		
42	Hildesheim	10. 7. 06	1125	72	9	50	—	—	905	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2133	55		
43	Hildesheim	17. 7. 06	288	54	7	50	—	—	612	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940	84		
44	Hildesheim	16. 7. 06	1764	74	71	—	—	—	1387	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3660	94		
45	Hildesheim	9. 8. 06	261	79	35	—	—	—	336	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	950	15		
46	Hildesheim	24. 7. 06	594	77	71	50	—	—	1650	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2952	57		
47	Hildesheim	3. 8. 06	—	—	41	—	—	—	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125	10		
48	Hildesheim	5. 7. 06	—	—	3	50	—	—	5	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	10		
49	Hildesheim	9. 7. 06	2	05	1	—	—	—	95	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102	35		
50	Hildesheim	23. 7. 06	133	97	33	—	—	—	1023	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1855	62		
51	Hildesheim	24. 7. 06	4	64	12	50	—	—	89	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	108	94		
52	Hildesheim	10. 7. 06	20	68	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	18		
53	Hildesheim	12. 7. 06	32	96	12	50	—	—	126	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176	56		
54	Hildesheim	10. 8. 06	—	—	16	—	—	—	65	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	40		
55	Hildesheim	21. 7. 06	—	—	—	50	—	—	7	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	60		
56	Hildesheim	11. 7. 06	—	—	—	50	—	—	29	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	50		
57	Hildesheim	17. 7. 06	50	91	2	—	—	—	85	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	141	21		
58	Hildesheim	4. 8. 06	21	51	—	—	—	—	8	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	21		
59	Hildesheim	10. 7. 06	439	53	9	—	—	—	579	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1208	38		
60	Hildesheim	30. 7. 06	83	05	9	—	—	—	576	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	792	45		
61	Hildesheim	19. 7. 06	2113	80	67	—	—	—	1970	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3239	05		
62	Hildesheim	17. 7. 06	493	62	3	—	—	—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1088	42		
63	Hildesheim	3. 8. 06	—	—	10	—	—	—	37	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	60		
64	Hildesheim	31. 7. 06	107	52	1	50	—	—	101	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	302	54		
65	Hildesheim	4. 7. 06	50	54	—	—	—	—	46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116	14		
66	Hildesheim	2. 7. 06	—	—	14	50	—	—	265	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	451	75		
Summe			3915	28	1428	50	31	75	14771	40	709	05	111	—	1669	40	16150	95	1177	61	10327	24				

größerer Einzelmitgliedschaften im 2. Quartal 1906.

(30. Juni 1906.)

Verwaltung	Ausgabe												Zahl der Mitglieder				Laufende Nummer								
	Agitation		Unterstützung aus lokalen Mitteln		Beiträge im Zusammenhang mit Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftslehre		Bildungsmittel		Zeitliche Ausgaben		In den Verbandsverband gedruckt		Summe der Ausgabe		Pfeile in der Jubiläumstafel Verband			in diesem Quartal		im vorigen Quartal		mehr		weniger	
	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.		Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.	Qrt.	Fr.
90	22					10	70					166	70	267	62	68	18	73		107			31	1	
45	44	25				6	65					77	33	154	12	88	62	54		42		12		2	
24	71	7				27				38	70	146	32	243	73	173	44	109		110			1	3	
3876	64	1477	13	500		409	15	75	95			7216	84	13556	01	9407	66	3208		5614			406	4	
176	57	423	65	189	50					77	50	1189	84	2057	06	914	14	711		684		27			
6	98	2										192	87	111	55	183	51	98		122			24	5	
27	32	3	90			6	40					68	91	106	56	22	48	43		55			12	6	
287	21	22		50	80	79	38			2	30	712	99	1154	68	1447	19	482		469		13		7	
559	03	357	05	696	05	115	50	57	90	14		1132	20	2951	73	2197	09	694		940			246	8	
37	70					8	55					123	30	169	55	10	75	102		96		6		9	
106	35	5		60	50	20	40			5	38	265	13	462	76	321	03	150		143		7		10	
15	20	15				9	15			8	06	104	76	152	47	41	87	63		74			11	11	
187		169	50	86	50	75	75			65	60	643		1227	35	600	29	517		565		12		12	
4												55	96	60	38	11	92	25						13	
1952	45	160	55	1569		100				17	70	1900	51	5700	51	10106	58	1360		1298		62		14	
78	65		3 60	10		27	30			18	10	172	10	309	75	35	91	151		151				15	
22	30	8		25		14						132	56	222	16	40	68	97		100			3	16	
22	11			52	50					20	20	146	60	241	41	279	70	141		90		24		17	
36	42			5								87	14	122	56	122	23	52		50				18	
18	91					3						51	20	72	21	1	23	30		30				19	
187	52	101	26	280	40	40				5	20	537	70	1152	68	662	90	446		451			5	20	
16	89		8 71	55		17	50					229	46	327	56	414	41	135		132		3		21	
95	95	11	13	5		49	20	10				300	53	442	63	962	86	200		193		7		22	
13	63			12								39	56	65	19	51	41	30		30				23	
10	63			23	50	5	30			5	52	32	23	97	38	65	56	27		35				24	
3	19									29	50	65	30	97	99	217	98	40		34		6		25	
15	33			7	50	6	36					82	54	111	73	79	05	55		59			4	26	
3	30			1	30	1	30					24	90	29	50	12	24	13		31			21	27	
38	58	46		40		2				2	20	118	29	247	07	62	61	91		107			16	28	
8447	73	98	20	95		395	70	5	40	28		5632	78	9572	81	4399	20	3234		2785		419		29	
43						5				4	80	75	08	127	86	41	91	46		50			4	30	
37	91			26		26		57		3	50	304	27	372	46	84	49	168		132		36		31	
27	84	56		14		14	52					147	04	239	40	264	54	141		203			62	32	
51	57	2		42								206	13	317		335	84	141		142			1	33	
5	10											30	15	35	25	4	95	20				20		34	
36	84	55	25	13		12						171	60	289	49	58	37	141		153			12	35	
91	49	54	84			14	14			137	45	481	26	809	80	364	09	324		224		100		36	
295	05					12	14					879	20	1107	05	710	70	530		506		24		37	
9	61	17	30			5	16			33	05	23	08	88	20	8	30	20		20				38	
278	02			30		91	50			6	80	144	94	1551	26	1318	26	715		699		16		39	
121	41	12				28	50			44	12	393	85	599	38	104	46	139		121		15		40	
203	57	27	22	195		63	60	5	25	14		655	67	1164	31	969	24	416		424			8	41	
122	71	101	30	178		18	60					447	31	1164	31	250	99	400		462				42	
816		370	93	265		157	60	10		12	96	1076	72	2629	38	1031	56	831		647		184		43	
149		4	25			14				17		744	93	950	15			346		272		74		44	
373	97	515	10	40		129				173	70	1263	03	2495		457	57	810		733		77		45	
13	80											111	30	125	10									46	
	55											7	23	7	78	1	32	8						47	
13	96											68	57	82	53	19	82	42		51			9	48	
585		110	50					36	50	163		560		1455	76	429	86	517		487		30		49	
15		16								3	75	60		94	75	14	19	58		22		33		50	
1	40									1		9	17	12	47	21	71	6		6				51	
19	18	13	95									101	46	134	59	41	97	56		46		10		52	
1	60	4										63	47	83	16	2	21	27				27		53	
1	30											6	70	8	60			3		4			1	54	
8	60					5	46					20	23	34	11	3	39	19		19				55	
11	19					1						62	67	75	51	65	70	36		36				56	
5	61					5	90					5	90	11	51	11	51	4		15			11	57	
378	41			65		63	50					506	35	1013	56	194	82	350		370				58	
94	36	72	54			57	50			18		412	96	683	62	18	83	314		347			36	59	
301	35	224	54	378		159	50	13	94	13	81	1166		2586	60	2652	15	1078		986		92		60	
87	91	31	56			53	50			4	59	314	46	491	49	596	93	268		292		6		61	
6	72											35	66	41	78	5	82	22		22		15		62	
29	97			40		15				115	12	73	26	273	35	29	19	62		62				63	
10	65	6		12		2						44	74	75	79	40	35	27		26		1		64	
												151	75	151	75			217		266			19	65	
1596	12	4584	98	1811	25	2410	92	214	94	1165	28	3463	87	6278	36	4278	88	22670		22301		1435		1066	

Reichenheim, außerdem München-Gladbach, welche sich aber wieder auflöste. Die Abrechnungen von Landsbut und Ludwigshafen a. Rh.

Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1906.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' detailing financial transactions for the main office. Includes sub-sections for 'Zur Verb. tag inflüsse der Konferenzen' and 'Tätige Ausgaben'.

Summary table with columns 'Einnahme inkl. Bestand' and 'Ausgabe' showing a final balance ('Reiner Bestand').

Werden gelten 33897,15 RM. als Fonds für die Sterbeamtristung
Berlin, den 12. Oktober 1906.
G. Schmidt, Hauptkassier.

Zusammenstellung

über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 2. Quartal 1906.

Table showing 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the entire association, including sub-sections for branches ('Zusammenfassung der Filialen').

Geschäftsbericht der Filiale München vom 3. Quartal 1906.

Der gute Aufschwung unserer Filiale in den beiden ersten Quartalen d. J. hat auch im dritten Quartal angehalten. ... Der gute Aufschwung unserer Filiale in den beiden ersten Quartalen d. J. hat auch im dritten Quartal angehalten.

der bei uns bereits am 1. Juli erfolgten Vertragserhöhung von 25 auf 40 Pf. pro Woche 250 Aufnahmen haben nur 60 Austritte gegenüber. Das gleiche günstige Verhältnis können wir in bezug auf unsere Stelle konstatieren. Die höheren Beiträge haben infolgedessen erzielt, als sie nun pünktlich abgeliefert werden. Die Gesamtsummen der Filiale in diesem Quartal betragen über 1800 Mark, eine ganz respectable Summe. ...

Von besonderer Wichtigkeit in diesem Quartale wäre zu berichten, daß wir verschiedene Hausbeamte, die sich als Heime Verwalter ausgaben, ...

In diesen unruhigen Tagen bieten die Christlichen ebenfalls eine Parallele ab. ...

Zuletzt wird gerade von dieser Seite das Wichtigste in ...

Auch sei hier die Anfrage gestellt, wie es kommt, daß die Beamten den Lohn zu Vorzugspreisen erhalten, während den Arbeitern diese Vergünstigung trotz einer Eingabe bis jetzt vorenthalten blieb. Sagen die Beamten billiges Brennmaterial vielleicht nötiger als die Arbeiter? U. A. u. g.

Auch etwas ganz Unerfreuliches haben wir aus der Gasanstalt zu berichten, nämlich daß der Gasarbeiter Wieland vom Werk Anichstein (Mitglied unseres Verbandes) diese Arbeit verließ, um sich als „Arbeitswilliger“ bei der Transportfirma „Schmederer“, wo der Handels- und Transportarbeiterverband im Streik lag, nützlich zu machen. Daß dieses unglückliche Element mit „Fut“ Rufen ausgeschloffen wurde, ist erklärlich.

Für unsere Kollegen im Meidach ist es interessant, zu erfahren, daß derselbe christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband, welcher unter den städtischen Arbeitern seine Versplitterungsstätigkeit treibt, es war, welcher schließlich dem Schreinerzweig in Stölm „Arbeitswillige“ zu Schmederer dirigierte, die verlassenen Stellen besetzen ließ und so für den Handels- und Transportarbeiterverband den Streik verloren machte.

Im elektrischen Werk gab es gleichfalls Beschwerden. Die mißlichen Verhältnisse im Ruffatwerk abzuschaffen, wurde in einer Betriebsversammlung eine Kommission von 3 Kollegen mit dem Gauleiter Sebald gewählt, um bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden, was denn auch geschah und von Erfolg war. Ferner erhielt ein Arbeiter die rückständige Aufbesserung von 50 M. nachbezahlt. Der Arbeiter Ausschuß des elektrischen Werkes hat sich im Laufe der Zeit als Weisheitsrat an den Jüchen der vorwärts strebenden Arbeiter entwickelt. Ein Teil desselben legte infolgedessen ihr Amt nieder, nachdem der Vorsitzende und Schriftführer des Arbeiter-Ausschusses, die Herren Yugenberger und Jeller über die Schritte der übrigen Ausschußmitglieder und der Arbeiter hinweg ihres Amtes nach eigenem Gutdünken walteten. Sie suggerierten sich, daß sie unfehlbar wären. Wahrscheinlich haben wir später Gelegenheit, Herrn Yugenberger, der sich früher nicht genug in Modifikation gegen die Betriebsleitung tun konnte und sich nun anheimelnd mit derselben angefaßt hat, sowie auch Herrn Jeller, den ehemaligen Schugmann und Feldhüter, eines umfangreichen Verdictes zu würdigen. Vielleicht plaudert unser Altschicht einmal. Trotz Aufforderung, ihre Hemter niederzulegen, Heben diese Herren noch immer.

Die Laternenwärter, welche, wie die Gasarbeiter, gut organisiert sind, hatten am 5. September im Petersteller eine Versammlung, an welcher sich auch Gemeinde-Bevollmächtigter Genosse Hoffmann beteiligte. Einige indifferente Querköpfe von Einnahmen kommen plötzlich auf den Einfall, eine Eingabe an das Gemeindefollegium über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu richten, obwohl bereits im Mai offiziell seitens des Verbandes eine Eingabe gemacht war. Leider ließ sich ein Teil der organisierten Einnahmen in der Eile verführen und unterzeichnete dieses unüberdachte Zeug. Die Kollegen sahen aber bald das Verkehrte ihrer Handlungsweise ein, indem sie die von den Einnahmen gemachte Eingabe zurücknahmen, worauf vom Verband ein Amendement, daß auch den Einnahmen mehr gerecht wird, an das Gemeindefollegium gesandt wurde. Hoffen wir, daß es bis Neujahr gute Früchte bringt.

Auch das Personal des städt. Markalles hat die Notwendigkeit der Organisation eingesehen. In voller Einmütigkeit lösen diese ihren bisherigen, dem christlichen Markt angehörenden Sozialverein auf, um sämtlich, 33 Mann, unserem Verband beizutreten. (Hauvo). Sie zeigen sich als sehr fleißige Mitglieder. Diesen Schritt sollten sich auch die übrigen städt. Arbeiterorganisationen zum Muster nehmen und nicht wie bisher als Wunde unseren Reihen folgen. Nur eine einzige große Organisation kann uns städtische Arbeiter zum Ziele führen. Auch etwas Erfahrungsgeld gehört dazu, denn mit leerer Tasche läßt sich kein Krieg beginnen.

Die Vereinigung der städtischen Schul- und Rathausarbeiter plant gleichfalls die Auflösung, da ohnehin schon die Mehrzahl dieser Kollegen in unserem Verband organisiert ist. Eine diesbezügliche Versammlung am 29. September verlief resultatlos, nachdem die statutarisch notwendige 1/3 Majorität um eine einzige Stimme nicht erreicht wurde. Die Kollegen haben jedoch den festen Willen, die Auflösung zu vollziehen und, wenn notwendig, vorher noch das hindernde Statut abzuändern.

Und so läßt sich nach und nach in einer mächtigen großen Metropole ein städtisches Zentralagerplatz bilden. In der großen Zahl dort beschäftigter alter Invaliden läßt sich eine Einheitsorganisation gewinnlich, nicht geizig, bis der Bestand sich der Zahl annähert, worauf eine solche Einigung gebildet wurde.

Das Friedhofpersonal macht leider noch sehr viel in Viehdienerei, Bekleidung, Lauf und Zeren. Das soll bald mit dem ersten Schritte an der Spitze, wo einige Schritte herabfallen. Es sei deshalb den Mitbewerbern Kollegen anzuempfehlen: Kant allen Geden, das und das; tretet ein in die Organisation und helft mit, auch für eine Verbesserung der Verhältnisse zu erwirken.

Auch das Personal vom Strakenbau läßt viel zu wünschen übrig. Einmal gerade im Sommer sehr viel gearbeitet.

Ich vermute sehr jungen Leute bei der letzten Arbeit im Sommer mit 2 bis 3 bis 4 Jahre, um dann durch unsere Mitbewerber 3 Mark zu erhalten. Am 1. Januar 1907 beträgt der

Lohnsatz 3,30 bzw. für solche, welche schon 3 Jahre beschäftigt sind, 3,50 Mark, Dienstalter noch mehr. Wenn es gilt, etwas einzubehalten, da sind diese Leute zur Stelle, aber der Organisation, die ihnen dies gebracht, durch ein kleines finanzielles Opfer beizubringen, das wollen sie nicht. Sie wollen bloß ernten, aber nicht säen, und sind deshalb Almoseneempfänger der Organisation. Das gleiche gilt auch von dem Personal des Schlacht- und Viehhofes.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns auch der Sozialvereinigung städtischer Arbeiter. Es vergeht beinahe keine Sitzung im Rathaus, wo nicht eine von dieser Vereinigung eingereichte Bitte unter den Tisch wandert. Die Sache liegt eben so, daß sich der Magistrat erst dann rüttelt, wenn die zwingende Notwendigkeit dazu treibt. Hinter solchen Wünschen muß die große Masse der städtischen Arbeiter, eine kräftige Organisation, stehen. Alles andere nützt nichts.

In diesem Quartal mußten wir gelegentlich der Beratung der Arbeitsordnung auch hören, daß im Gemeindefollegium großartiger „Falles“ herrsche. Umso verblüffter waren wir, als nun plötzlich 40.000 Mark für den Kaiserempfang ausgegeben werden. Aus all dem Angeführten geht hervor, daß wir noch sehr viel zu tun haben, um wenigstens einigermaßen die Verbesserung der Verhältnisse zu erhalten. Es muß noch viel agitiert und aufgeklärt werden. Jeder Kollege trage hierzu sein Möglichstes bei. Es ist auch waren wir im verlassenen Quartal gezwungen, die Arbeiterpresse im Meidach anzugehen. Meine andere Zeitung als die „Münchener Post“ nimmt sich der städtischen Arbeiter an. Und oft schreien die Arbeiter bei irgend welcher Gelegenheit: „Das muß in die „Münchener Post“. Fragt man dann aber, ob sie diese auch durch Abonnement unterstützen, dann findet man, daß die Arbeiter ihr Geld solchen Zeitungen nachwerfen, welche uns bekämpfen. Jeder städtische Arbeiter müßte die Arbeiterpresse, die „Münchener Post“, halten. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann werden wir vorwärts schreiten und Erfolg an Erfolg reihen.

Die Breslauer Gasarbeiter auf dem Wege zur Achtstundenschicht.

Wie unseren Kollegen bekannt sein dürfte, hat der stellvertretende Direktor der Breslauer Gaswerke, König, auf Drängen unserer Kollegen im Arbeiterausschuß erklärt, daß noch dieses Jahr die Achtstundenschicht in den Leuchthäusern der Gaswerke eingeführt werden solle. Und zwar spätestens bei der Eröffnung des neuen Gaswerkes IV in Dürrgoy bei Breslau.

Man steht die Betriebsabnahme des genannten Werkes in unmittelbarer Nähe, dennoch verläutet noch nichts Bestimmtes über die Einführung der oben gemachten Versprechung!

Um nun dem Magistrat das Gedächtnis zu schärfen, veranstalteten die Gasarbeiter aller Werke am 5. und 6. d. M. zwei Versammlungen und zwar je eine für die Tag- und Nachtschicht. Beide Versammlungen waren ausgiebig besucht.

Verbandssekretär Mehrlein hatte die Referate übernommen. Er führte aus, daß im Jahre 1904 unter seinen Umständen der Magistrat zu bewegen war der Frage der Abkürzung der 24 stündigen Wechelschicht in den Gasbetrieben näher zu treten. Der Delegiert Vaurat Wirg erklärte damals, als vom Stadtverordneten Schütz das Verlangen nach Verringerung derselben gestellt wurde, daß es durchaus nicht möglich sei, und daß es überhaupt mit der 24 stündigen Schicht gar nicht so schlimm aussehe, die Arbeiter brauchten sich nicht zu sehr anzustrengen. Ein Jahr darauf erwiderte Herr Wirg jedoch, daß die gewünschte Einführung vielleicht doch möglich sei. In diesem Jahre — 1906 — zeigt man sich geneigt, die Achtstundenschicht einzuführen. Aber sicher sei es immer noch nicht. Bei Gelegenheit der Einweihung des großen Gaswerkes IV in Dürrgoy hielt Herr Oberbürgermeister Dr. Pender eine Rede, in der er wohl der Erbauer und tüchtiger Personen, die sich um dasselbe verdient gemacht, gedachte, nicht aber der Arbeiter, und auch keine Veranstaltung nahm, zu erklären, daß den Arbeitern in den Leuchthäusern der Achtstundentag gewährt werden wird. Das bemerkte Mehrlein, wurde stumm machen. Deshalb sollen die Arbeiterausschüsse unablässig daran festhalten und von ihrer gewiß berechtigten Forderung nicht nachlassen.

In 27 Städten des Reiches sei seit längerer oder kürzerer Zeit die Achtstundenschicht in den Gasanstalten eingeführt und überall habe sich diese Einrichtung gut bewährt. Oberbürgermeister Pender in Montaberg, der frühere Kammerer Prieslaus, ist darüber auch vollen Lobes. Die Zeitungen sind dadurch nicht etwa geringer, sondern eher erhöht worden. Selbstverständlich darf durch die Arbeitsvermittlung mit der bisherigen Lohn verringert werden, denn eine Entlohnung durch die Arbeiter unter keinen Umständen haben. In keiner der 27 Städte hat eine Vereinbarung stattgefunden. Mehrlein nimmt an, daß die seit Jahren gewünschte Achtstundenschicht auf Zehnminuten nicht stehen wird und wird sie im Winter dann haben die Arbeiter lediglich ihre Organisation zu verdanken, ohne diese würden sie kaum dieselbe erreicht haben. Aber noch einen anderen Grund haben die Arbeiter, um dem Pender, und der Bericht die Arbeiter der in Gasbetrieben beschäftigten Sandweber und

Gasarbeiter. Für diese Arbeiterkategorie mußte der Neunstunden-Tag unbedingt erreicht werden, die Gasarbeiter sollen dafür mitwirken. Der Referent begründete im Verlauf seiner Ausführungen die unabwendbare Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung und gab hierzu die Zahl der Erkrankungsfälle der der Betriebsklasse für die hiesigen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zugehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Jahre 1905 an. Die Zahl der Krankheitsfälle bei einer Mitgliederzahl von 1188 belief sich auf 1817, bei den Familienangehörigen auf 1589. Von den 1817 Erkrankungen der Mitglieder waren 632 mit zusammen 16 477 Krankentagen mit Erwerbsunfähigkeit verbunden. Diese hohe Ziffer an Erkrankungen beweise zur Genüge, wie schädlich die gar zu lange Arbeitszeit auf den Körper einwirke. Mehrlein schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit zu tun. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Roth, gab sodann einen durchaus sachlich gehaltenen Bericht über die abgehaltenen zwei Sitzungen des Arbeiterausschusses mit den Vorsitzenden, er erwähnte, daß die Einführung der Achtstundenschicht zugestanden worden sei. Ihm schlossen sich die anderen Vertreter im Arbeiterausschuß völlig an. Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 5. und 6. Oktober 1906 in der „Stala“ tagenden, gut besuchten Versammlungen der Gasarbeiter aller Werke erklären sich mit den Ausführungen des Referenten, Verbandssekretär Mehrlein, und den Vertretern des Arbeiterausschusses völlig einverstanden.

Die Versammlungen begrüßen die Erklärungen der Magistratsvertreter im Arbeiterausschuß bei Eröffnung des Gaswerkes IV in Türrögen, die Achtstundenschicht in den Feuerhäusern aller Breslauer Gaswerke einführen zu wollen, und zwar zu mindestens denselben Löhnen wie bei der Zwölfstundenschicht. Auch die Vereitigung der 24 stündigen Wechelschicht wird von den Anwesenden mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Die Breslauer Gasarbeiter erhoffen aber weiter, daß der Magistrat auch für die übrigen in den Gaswerken beschäftigten Handwerker und Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit vornimmt. Sie auch für diese Kategorien eine dringende Notwendigkeit ist. Sie bitten deshalb den Magistrat, für diese Kollegen den Reumstündentag einzuführen, sowie eine gründliche Regelung der Löhne vorzunehmen.

Die Handwerker, Kohrleger, Füller usw. der Gaswerke beabsichtigen, sich dieser Resolution in einer öffentlichen Versammlung anzuschließen, die diese Woche stattfindet.

Der Breslauer Magistrat sieht daraus, daß unsere Kollegen fest entschlossen sind, ihre alte Forderung mit allem Nachdruck und aller Energie durchzusetzen. Hoffen wir, daß ihnen ein baldiger und durchgreifender Erfolg beschieden sein möge.

Notizen für Gasarbeiter.

In Berlin ist nunmehr beschlossen, den achtstündigen Arbeitstag definitiv für die Arbeiter an den schrägen Retorten einzuführen. Die seit Mai vorigen Jahres in der Kustal Danzigerstraße gemachten Versuche sind am 1. Oktober d. Js. abgeschlossen worden und haben dazu geführt, die achtstündige Arbeitszeit für die Feuerleute einzuführen. Es sollen nunmehr diese Versuche auch auf die Arbeiter vor den horizontalen Retorten ausgedehnt werden. Gleichzeitig werden Versuche auf den Gasanstalten angestellt, die darauf abzielen, den Gasarbeitern eine neunstündige Arbeitszeit zu gewähren. Diese Notiz wird verbreitet mit der Bemerkung, daß diese Maßnahme ganz unabhängig von den von den Arbeitern gestellten Forderungen sei. Das bedürfte es nicht. Die Arbeit an den Retorten ist eine so ungemein schwere und mörderische, daß viele andere Städte Berlin längst mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Gaswerken vorangegangen sind, und es liegt gar keine Ursache vor, von den getroffenen Maßnahmen großes Aufheben zu machen. Eine achtstündige Arbeitszeit für die Arbeiter an den Retorten ist ohnehin noch zu lang.

Die Lohnbewegung der Kollegen bei den Erleuchtungs- und Wasserwerken in Bremen hat nun zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis geführt. Wenn auch nicht alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter erfüllt worden sind, so ist doch die Hauptfrage, und das ist die Lohnfrage, so ziemlich den Wünschen der Arbeiter entsprechend geregelt. Es wurde folgendes bewilligt: Allen Arbeitern wird der Lohn um 2 Pfg. pro Stunde und die Alterszulagen werden um 20 Pfg. pro Tag erhöht.

Die Lohnsätze stellen sich demnach wie folgt:
Für ungelernete Arbeiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes:

	Bisheriger Lohn.	Neuiger Lohn.
Anfangslohn	3,70 M.	3,90 M.
Nach 2 Jahren	3,80 "	4,10 "
" 5 "	3,90 "	4,20 "
" 8 "	4,00 "	4,30 "
" 10 "	4,10 "	4,40 "
" 12 "	4,20 "	4,50 "

Überdem erhalten die alten Feuerhausarbeiter, die mit Gasarbeit beschäftigt sind, bisher 1,50 M., jetzt 1,60 M.

Feuerhausarbeiter, Kessel- und Maschinenwärter:

	Bisheriger Lohn.	Neuiger Lohn.
Anfangslohn	4,40 M.	4,56 M.
Nach 2 Jahren	4,50 "	4,76 "
" 5 "	4,60 "	4,96 "
" 8 "	4,70 "	5,16 "
" 10 "	4,80 "	5,36 "
" 12 "	4,90 "	5,56 "

Handwerker.

	Bisheriger Lohn.	Neuiger Lohn.
Anfangslohn	4,70 M.	5,10 M.
Nach 2 Jahren	4,80 "	5,10 "
" 5 "	4,90 "	5,20 "
" 8 "	5,00 "	5,30 "
" 10 "	5,10 "	5,40 "
" 12 "	5,20 "	5,60 "

Hilfshandwerker und Kohrleger.

	Bisheriger Lohn.	Neuiger Lohn.
Anfangslohn	4,20 M.	4,40 M.
Nach 2 Jahren	4,30 "	4,40 "
" 5 "	4,30 "	4,60 "
" 8 "	4,40 "	4,70 "
" 10 "	4,60 "	4,90 "
" 12 "	4,70 "	5,10 "

Lohnzahlungen finden jetzt Freitags statt. Ueberstunden werden für Handwerker und Arbeiter gleichmäßig mit 60 Pfg. pro Stunde bezahlt, bisher 50 Pfg. Alle übrigen Forderungen wurden abgelehnt.

Chemnitz. Von den hiesigen Kollegen wird Klage darüber geführt, daß der Raum zum Trocknen durchschmierter Kleidung in der Gasanstalt II zu klein ist. Die Kollegen müssen bei Schichtantritt um Teil wieder ihre nassen Sachen anziehen. Zum Wesseltreiben gibt es in beiden Gasanstalten immer noch keine Arbeiterkleidung, trotzdem bei dieser Arbeit die Kleidung sehr stark strapaziert wird. In der Werkstelle der Gasanstalt II ist nicht genügend Waschgelegenheit vorhanden. Jede Gelegenheit fehlt ganz. Bei den Justizanstalten besteht noch immer ein widerliches Kränchenstern, was stets nur zu Meinungen unter den betreffenden Arbeitern führt. Die Abschaffung desselben ist schon einmal bei der Direktion beantragt worden, leider vergeblich. Offenlich trägt diese Herabwürdigung von Müßiggängern zu ihrer Abstellung bei.

Görlitz. Die hiesigen Kollegen klagen stark über unzeitgemäße Lohnauszahlung. Es ist selbst in neuester Zeit vorgekommen, daß Kollegen bis 30 Min. nach 7 Uhr warten müssen, während doch die Auszahlung innerhalb der Arbeitszeit zu erfolgen hat. Die Abstellung dieser Benachteiligung der Arbeiter wird dringend gewünscht.

Für die Arbeiter der **Sächsisch-Thüringischen Gasgesellschaft in Leipzig** ist seit dem Monat August die 24 stündige Wechelschicht abgeschafft und dafür die 12 stündige eingeführt worden. Auch haben selbstige am 1. Oktober eine Lohnzulage erhalten. Der Lohn beträgt jetzt 4,50 bis 6 M. pro Schicht bei 12 stündiger Arbeitszeit. In nächster Zeit soll an die Direktion die Forderung gestellt werden, Arbeitsordnungen zu schaffen, bisher besteht noch keine. Selbstverständlich verlangen die Kollegen bei Ausarbeitung derselben mit herangezogen zu werden.

Aus unserer Bewegung.

Bln. Das Vorgehen der organisierten Gemeinbedarbeiter hat einen erfreulichen Erfolg gezeitigt. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung vom 27. September den Umänderungen der Allgemeinen Bestimmungen, die eine Reihe Verbesserungen brachte, u. a. auch die Schaffung eines Regulativs für die Arbeiter-Abschicht, zustimmte, bewilligte die Sitzung vom 11. Oktober zwecks Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und der Erhöhung der Löhne die Summe von 663 016 M. Wir werden auf die Sache noch eingehend zu sprechen kommen.

Berlin. Dem massenbieten Kollegen Schabel begegnen bei Ausübung seiner Tätigkeit immer noch eine ganze Reihe von Unzutraglichkeiten, die zu einem nicht geringen Teile auf Infortschritt einiger Kollegen (Vertragsgammler) zurückzuführen sind. Wir möchten daher von dieser Stelle aus diese Säumnigen nochmals dringend ermahnen, genau nach den vom Arbeitvorstande beschlossenen und durch Zentralbekanntgegebenen Grunddaten über den Abrechnungsmodus zwischen Vertragsgammler und Massenbieten zu verfahren. Es ist dies im Interesse einer reibenden Warenführung unerlässlich. Einem wiederholt geäußerten Wunsche kommen wir im Folgenden nach: Für alle gewerkschaftlichen und Sekretariatsangelegenheiten ist das Ortsbureau täglich von 11 Uhr bis Mittwachs Abends von 6 bis 8 Uhr, für Massenbieten täglich von 9-1 Uhr und außerdem Montags- und Mittwachs Abends von 1-8 Uhr geöffnet. Alle Mitglieder bitten wir ungeschwächt, also einfach an die Orts-

verwaltung zu adressieren. Nur Geldsendungen sind direkt an den Kassierer Kollegen Karl Hoffmann, SW. 13, Alte Jakobstraße 145, zu richten. Der Filial-Vorstand.

Breslau. In der am 10. ds. Mts. stattgehabten gut besuchten Mitgliederversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses referierte zunächst Verbandssekretär Mehrlein über „die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die städtischen Arbeiter“. Der Vortrag fand allgemeine Zustimmung. Hervorgehoben sei daraus, daß Mehrlein von der Partei in einem der aussichtsreichsten Bezirke als Kandidat aufgestellt worden ist und alles daran gesetzt werden wird, ihm zum Siege zu verhelfen, damit der Breslauer Magistrat Gelegenheit bekommt sich über sein Verhältnis zu unseren Verbänden öfters und gründlich auszusprechen. Bei den letzten Wahlen erhielt Mehrlein in diesem Bezirke 440 Stimmen, gegen 410 Konserverativ-Merkale und 330 Liberale. In der Stichwahl bekam der Konserverative aber 700, während Mehrlein mit 640 Stimmen unterlag. Hoffen wir, daß bei diesen Wahlen — die am 10. November stattfinden — der Preis erobert wird. Unserer Bewegung wäre damit gerade in Breslau umgehauer gedient.

Eine allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter, zu denen die Kandidaten aller Parteien eingeladen werden sollen, wurde auf Antrag beschlossen und wird diese Versammlung Ende Oktober stattfinden.

Petrels der Kampfunterstützung auf Grund des Schreibens des Verbandsvorstandes, beantragte Mehrlein, namens des erweiterten Vorstandes der Filiale Breslau 400 Mark zu bewilligen. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Bei den darauf folgenden Ergänzungswahlen zum Vorstand wurde, dem Wunsche der Kollegen entsprechend, nur im Betriebe arbeitende Kollegen zu wählen, entsprochen. Es wurden gewählt zum 2. Vorsitzenden der Kollege Gaffert-Revierinspektion der Gaswerke, zu Stellvertreter Kollege Zimmer-Strahlenreinigung und Kollege Reimann-Revierinspektion. Die Wahlen waren auf Antrag sämtlich geheim. Nachdem noch längere Zeit über Verhältnisse in den einzelnen Sektionen und Arbeiterausschüssen debattiert worden war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Hannover. Am 9. Oktober fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erstattete der Kassierer den Massenbericht für das 3. Quartal 1906. Ihm wurde Deklage erteilt. Es folgte sodann eine Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlacht- und Viehhofarbeiter und wurde der Antrag genehmt, Lohnforderungen zu stellen. Auf die Mitteilung des Kollegen L., die Hauptfrage bedürfe der Unterbringung der Filialkassen zum Zwecke der besseren Durchführung der Lohnbewegungen, wurden auf Antrag des Kollegen G. 50 Mk. aus der Filialkassa bewilligt. Vom Kollegen J. W. wurde Frage darüber geführt, daß ihnen im Sommer die Urlaubsgesuche abschlägig beantwortet wurden, es solle doch ein Erholungsurlaub sein und als solcher müsse er im Sommer gewährt werden und nicht im Winter. Kerner wurde vom dem Kollegen T. darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied ein Verbandsprotokoll nehmen müsse, damit sie auch wissen, warum die Beitragserhöhung eingetreten ist. Dieses wird vom Vorsitzenden unterstrichen und den Mitgliedern nochmals ans Herz gelegt, kräftig für unseren Verband zu agitieren.

— Laut Versammlungsbeschluss soll an die Direktion des Zentral-Schlacht- und Viehhofes das Ersuchen gerichtet werden: Erlassen einen Stundenlohn von 35 Pf. und zweitens einen Aufschlag von 10 Proz. für die Nacht- und Sonntagarbeit zu gewähren. Die Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes erhalten für ihre naße und oft mit Lebensgefahr (durch Anladen von Rind) verbundene Arbeit einen sehr niedrigen Lohn. Er beträgt jetzt 320 Mk. pro Tag, dafür arbeiten die Arbeiter auf dem Schlachthof 10 1/2 Stunden, die meisten auf dem Viehhof 9 1/2 Stunden. Die ersten sind demnach zurück gelassen, sie möchten aber gleichgestellt sein mit ihren Kollegen vom Viehhof oder die angefallene Stunde voll bezahlt erhalten.

Kolmar i. G. In der am Freitag, den 12. Oktober stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde in Erledigung unserer Eingabe vom Dezember 1905 eine neue Arbeitsordnung nebst einem Tarif beschlossen, der den höchsten Kollegen ganz beträchtliche Verbesserungen bringt. Zunächst einmal die so notwendige Erhöhung der Löhne; dann die teilweise Bezahlung der Feiertage; die Erhöhung und Erweiterung der Pausen; zwischen Straßengeld und Lohn; Erholungsurlaub u. v. a.

Nach der nächsten Gemeinderatsitzung, in welcher die Beratung über die Altersversorgungsvorlage sowie Arbeiterausbildungstaktik zu Ende geführt werden soll, werden wir auf die Einzelheiten der Beschlüsse näher eingehen; gleichzeitig aber auch die Arbeiterfreundlichkeit unserer Liberalen und Liberalen Stadtväter, die sich nicht einmal als recht haltbar erweisen, hervorheben. Letzte reaktionäre Maßnahme gegen die Arbeiter, die da glauben, in einem Zentrumswahlkreis und einem Arbeiterwahlkreis zu sein, sind nicht beizubehalten. Das ist von den allerwichtigsten Zentrumswahlkreisen als Zentrumswahlkreis bekannt. Der Verlust des Wahlkreises ist, bei einer Wahlbevölkerung von 13000 Wählern, verhältnißmäßig

von den Kollegen in Kolmar erwarten wir aber, daß sie sich Mann für Mann der Organisation anschließen, der es allein zu danken ist, daß die Stadtverwaltung endlich die dringlichsten Wünsche der Arbeiterschaft berücksichtigt. Ist es nicht geradezu traurig von jedem Nichtorganisierten, daß er feige und egoistisch zurücktritt und die paar Groschen Verbandsbeitrag lieber verbrinnt und verlarvet, anstatt mit seinen Kollegen geschlossen für eine bessere Existenz für sich und seine Familie zu kämpfen.

Städtische Arbeiter Kolmars! Laßt sich keiner nachsagen, daß er ein Schmarotzer und Möllgänger seiner organisierten Kollegen sei! Jeder muß seine Pflicht als ständebewahrter Arbeiter erfüllen, darum: Sinein in den Verband!

Leipzig. Die städtische Gartenbauverwaltung hat in den Haushaltsplan für 1907 um etwa 10 Proz. erhöhte Löhne für die Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen einstellen lassen. Danach erfahren eine Aufbesserung:

die Stundenlöhne von Gärtnern von 33 auf 36 Pf.	35	38
" " " " " " " "	37	40
" " " " " " " "	40	42
" " " " " " " "	42	44
" " " " " " " "	45	48
" " " " " " " "	50	60
die Stundenlöhne von Arbeitern von 24 auf 27 Pf.	27	30
" " " " " " " "	30	33
" " " " " " " "	33	35
" " " " " " " "	35	37
" " " " " " " "	38	40
" " " " " " " "	40	42
" " " " " " " "	42	50
die Stundenlöhne der Arbeiterinnen von 18 auf 20 Pf.	18	20

Die Gärtner sollen zumeist mit 36 und 38 Pf., die Arbeiter zumeist mit 33 und 35 Pf., die Arbeiterinnen sämtlich mit 20 Pf. entlohnt werden. Bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen werden auch die neuen Lohnsätze bald als unzureichend gelten müssen. Immerhin ist doch nun den vielfachen Wünschen des Personals der Gartenbauverwaltung hierdurch wenigstens in etwas Rechnung getragen.

— Von den im April d. J. ausgeschperrten Schleusenarbeitern sind bis jetzt wieder 12 Mann eingestellt worden. Die übrigen 11 Mann sind noch anderweitig in Stellung.

Mainz. Die am Sonntag den 7. Oktober in „Gutenberg“ abgehaltene gut besuchte Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit dem Punkte: Die Lage der städtischen Arbeiter und die Verschleppungs-Politik der Stadtverwaltung in Arbeiterfragen. Gauleiter Hermann Mannheim zog hier Vergleiche zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sowohl wie den Wohlfahrts-Einrichtungen der Kommune Mainz und anderen Städten.

Es zeigte sich dabei, daß Mainz anderen Städten gegenüber noch sehr weit, in beiden Beziehungen, zurück ist. Aus den Ausführungen war zu ersehen, daß die Mainzer Stadtverwaltung ihren Arbeitern, besonders den gelehrten, viel geringere Löhne bezahlt als die Privat-Industrie. Mehrer erinnert ferner an das Kaiserwort: Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein. Der Grund der schlechten Verhältnisse in Mainz läge darin, daß in Mainz von 1000 städtischen Arbeitern noch nicht die Hälfte organisiert sind. Außerdem seien die meisten von den Stadtvätern auf dem Markte zu Mainz selber Arbeitgeber, die um ihrer eigenen Sache willen die städtischen Betriebe nicht als Muster haben wollen. Es sei infolgedessen kein Wunder, wenn die Petitionen der Arbeiter vom Reinigungsamt, der Führer des Straßbahnpersonals drei Jahre in den Sälen des Rathauses lagern und dort vom Sekretär zum Bürgermeister und dann wieder zu einer Kommission wandern. Das sei eben Verschleppungs-Politik. Bezüglich der Feuerungszulage sei festgestellt, daß schon fast in allen Städten solche zur Auszahlung gelangt sei, bloß in Mainz müß noch abgewartet werden, was für die Arbeiter übrig bleibt. Kollege Hermann erwähnte die Kollegen dann, ihre Laubzeit anzugehen und endlich einmal einsehen zu lernen, daß es ohne Organisation nicht geht. Sollte wirklich Gutes geschaffen und etwas erreicht werden, dann sei es aber auch nötig, daß sich der Vorkarverband und die Christlichen gleichfalls dem allgemeinen städtischen Arbeiterverbande anschließen müßten. Nach diesem beifällig aufgenommenen Referat sprachen noch einige Redner im gleichen Sinne. Selbst der Vorsitzende muß von den „Christlichen“ nahm demselben Standpunkt ein, verwarf jedoch wieder im letzten zu finden, worauf ihm dann die Kollegen ihrerseits den Standpunkt klar machten. Eine im Sinne des Referates gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Mühlhausen i. G. Jetzt, wo Herbst und Winter Einzug bei uns halten, wo das Leben und Aften unserer „besten Gewerkschaft“ wieder neuen Stoff zur Unterhaltung hat, ist auch für die Arbeiterkraft, nicht umsonst, die Zeit gekommen zur Unterhaltung mit ihren Kollegen. Im Laufe der Dezemberzeit werden sich andere, als bei obigen Verhältnissen, es ist jetzt noch an der Zeit, wo es gilt, alle Mann daran zu setzen, in die Verhandlungen mitzugehen und die der Organisationsarbeiten. Unsere Arbeit

Ist sich im Laufe des Sommers prächtig entwickelt, und wenn es so weitergeht, werden wir zum Jahresbeginn um fünffache gegen letztes Jahr gestiegen sein. Es hat diesen Sommer an Agitation nicht gefehlt. Wir hielten alle 14 Tage eine und durchschnittlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Dazwischen kamen Betriebs- und Sektionsversammlungen. Aber auch „Christen“ sollten wir hier erhalten. Ein von hier nach Strassburg verbannter „Gewerkschaftssekretär“ Herr Heinrich Rubin kam, sah und - war klammern. Ganz im Geheimen wurden Einladungszettel verteilt, ohne Unterlaß natürlich, zu einer Versammlung. Und dieselbe war gut besucht und zwar von lauter organisierten Arbeitern. Feiern hat er dann eine vergnügte Stunde bereitet. Der „christliche“ Herr war übrigens die Majorität selbst. Er meinte unserem Vorsitzenden gegenüber: „Es wundert mich, wie schnell Sie erfahren haben, daß ich eine Versammlung abhalten will.“ Nun, seine „Erfolge“ wird er nicht an den Spiegel stecken. — Unserem Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage ist nun endlich Folge gegeben worden. Am 25. September beschloß der Gemeinderat, allen in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen eine wöchentliche Zulage von einer Mark zu gewähren ab 1. Oktober. Verlangt waren zwei Mark; jedoch mit Rücksicht auf das stark belastete Ergänzungsbudget wurde wie oben beschlossen. Bei der Budgetberatung will der Ratverrat darüber sprechen. Seitens der Organisation wird dann eine neue Vorlage unterbreitet werden. — Auch stehen Ersatzwahlen zum Gemeinderat bevor, da elf Sitze erledigt sind. Die städtischen Arbeiter werden hinter den Vertretern der Arbeiterschaft stehen.

Rundschau.

Arbeiter als Schöffen. Seitdem die Frage der öffentlichen Erörterung unterbreitet worden, mehren sich die Fälle, wo Arbeiter zu diesem richterlichen Ehrenamt berufen werden. In Mainz war ein Buchdrucker im April d. J. mehrfach als Schöffe tätig. In Landau (Pfalz) wurde bei der Schöffenauslosung der Schriftführer Heinrich Röhlför als Schöffe für das Jahr 1905 ausgelost und am Amtsgericht Kandel ein Fabrikarbeiter mit dem Schöffennamen betraut. In Rena unternahm das Gewerkschaftsamt die nötigen Schritte, damit soviel wie möglich auch Arbeiter als Schöffen mit zugezogen werden. Eine vorbereitende Versammlung trat sich darüber einig, daß es in Rena eine große Anzahl Arbeiter gäbe, die genügende Eignung besäßen und gegebenenfalls auch über die erforderliche Zeit verfügen, um an der Nachprüfung bei dem Schöffengericht teilnehmen zu können. Ähnlich geht das Breslauer und das Augsburger Gewerkschaftsamt vor. Auch in früheren Jahren bereits Arbeiter sich als Schöffen bewährt haben, teils der „Korrespondenz“ der Buchdrucker mit. Danach ist ein Maschinenmeister in Hannover im Jahre 1900 als Schöffe beim Amtsgericht dortselbst tätig gewesen, und in Tschode fungierten bereits 1896 und 1897 drei Schriftführer als Schöffen. Gegenwärtig veranstaltet die preussische Regierung eine Rundfrage, ob genügend Kräfte für eine weitere Heranziehung von Schöffen in unserem Volke vorhanden seien. Das bisherige Verfahren, einseitig nur Angehörige der sogenannten besseren Stände zu den gerichtlichen Ehrenämtern der Schöffen und Geschworenen heranzuziehen, hat zu einem Mangel an geeigneten Bewisern beziehungsweise zu einer übermäßigen Belastung jener Ständen und - das ist das Bedenkliche - häufig zu einer in Massenurteilen befangenen Rechtsprechung geführt. Nicht man die durch die Gewerbegerichtsbarkeit geschulten Arbeiter in unmaßgebender Nähe gegen Unkostenentschädigung als Schöffen heran, so ist allen Teilen der Justizverwaltung, der Rechtspflege und dem Interesse der verschiedenen Gesellschaftsschichten gedient und geholfen.

Kapitalistische „Entbehrungslohn“. Zu welcher wahnwitzig hohen Kapitalgewinnen die Auslieferung der Erdölwerke an die privatkapitalistische Ausbeutung führt, zeigt der jetzt vorliegende Abschluß der Internationalen Rohrgesellschaft in Ertelen, über das Geschäftsjahr 1905/06. Nach einem Telegramm aus München wird er einschneidend des Vortrages einen Rohgewinn von 18.381.14,15 Mk. auf. Der sich nach den Abrechnungen in Höhe von 3.834.50,69 Mk. ergebende Reingewinn von 14.546.634,46 Mk. soll wie folgt verhandelt werden: 5.000.000 auf 500 Proz. Dividende, 1.934.023,30 Mk. auf den vertragmäßigen Gewinnanteil des Vorstandes, 120.000 Mk. Prämie für den Aufsichtsrat, 700.000 Mk. Zuweisung zu dem Vorstandslohn, 250.000 Mk. Zuweisung zum Generationslohn, 100.000 Mk. zur Bildung eines Fonds, dessen Erträge im Interesse der Beamten und Arbeiter Verwendung zu finden haben und 200.000 Mk. zu Gratifikationen. Der verbleibende Rest von 6.118.891,16 Mk. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft hätte demnach auch 1000 Proz. Dividende zahlen können und hätte noch über 1 Million, d. h. mehr als ihr ganzes Aktienkapital auf neue Rechnung vortragen können. Stann man sich nicht wundern, daß diese Leute die gegenwärtige Welt für die beste der Welten ansehen?

Der Sumpf. Ein so beliebter Roman des amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair, welcher zurzeit vom Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht wird, schildert die schrecklichen Zustände der Chicagoer Schlachthäuser. Der Verfasser stellt an die Neuen seiner Leser große Anforderungen. Es klingt fast ungläublich, daß Menschen, welche an dem großen Kachtel arbeiten, verschwinden, sei es durch Unvorsichtigkeit oder Müdigkeit, und daß man schließlich nur noch die Knochen der Unglücklichen aus dem Stiefel räumt, das Fleisch jedoch mit zu Konserven verarbeitet wurde. Unsere deutsche Presse, insbesondere die Fleischereizung verächtliche, daß so etwas bei uns nicht vorkomme. Nun, es sind schon genug dieser appetitverderbenden Mitteilungen durch die Presse gegangen. Auch solche ähnlichen Unfallsfälle, hervorgerufen durch die große Ausbeutung der Schlächtergesellen, sind bekannt geworden. Ein besonders krasser Fall ist jetzt wieder in Nürnberg vorgekommen. Ein Lehrling, welcher schon von 4 Uhr morgens an auf den Weinen war, mußte nachts um 12 Uhr noch auf die Wurst achten, welche im Messel war. Vor Ermüdung setzte er sich auf den Messeltend, wobei er einschlief und in den siedend heißen Messel fiel. Am anderen Tage erlag der Arme seinen Qualen. Diese Mühseligkeit ist nur in solchen Gewerben möglich, wo der Kost- und Logiszwang besteht, wodurch die Kontrolle besonders erschwert wird. Die Ausnutzung der Lehrlinge und Gehilfen im Schlächtergewerbe ist geradezu himmelschreiend. Es fehlt uns schließlich nur ein Upton Sinclair, - der Sumpf ist da!

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

In Ausführung der Beschlüsse des letzten Verbandstages hinsichtlich der Gau-Einteilung sowie der Errichtung neuer Gaue hat der Verbands-Vorstand und Verbands-Ausschuß in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen:

Mit Anfang Oktober d. J. den Gau Colmar in Elß. und mit Ende Oktober den Gau Nürnberg zu errichten. Beim Gau Colmar findet den Beschlüssen des Verbandstages nur eine Teilung des bisherigen Gaues Stuttgart statt. Zur Zeit sind dem Gau Colmar angegliedert: Colmar, Freiburg i. Brsg., Mülhausen i. Elß., Dornburg und Strassburg. Der bisherige Hilfsarbeiter im Zweigbureau Stuttgart, Kollege K. Würtler hat die Bearbeitung des Gaues Colmar übernommen. Ferner haben beide Vorverhandlungen beschlossen:

Ab 1. Januar 1907 einen Gau Königsberg und einen Gau Hannover zu errichten. Weiterem sollen die Zweigstellen des Verbandes, Gallei, Pann.-Münden, Diefeld und Herford, bisher zum Zweigbureau Köln gehörig, angeschlossen werden. Außerdem sind diesem neuen Gau angegliedert Kant.-Wilhelmsbad, Bremen, Hannover und Ldenburg.

Für 1. April 1907 soll der Gau Frankfurt a. M. und der Gau Magdeburg errichtet werden. Zu Frankfurt werden vorläufig zugewiesen Frankfurt, Hanau, Mainz, Offenbach und Wiesbaden.

Die Gaue Berlin und Hamburg werden mit dem 1. Juli 1907 durchgeführt.

Stettin wird bis auf weiteres vom Verbands-Vorstand aus bearbeitet.

Diese nach und nach sich vollziehende Errichtung neuer Gaue, wie sie der Verbandstag beschlossen hat, ist natürlich mit einem Male nicht durchführbar. Trotzdem wir zugeben müssen, daß an einzelnen Orten die Anstellung eines Beamten notwendig erscheint, können wir doch nicht allen Wünschen von heute auf morgen Rechnung tragen. Wir eruchen also die Kollegen, sich mit dieser Erledigung der Sache beschäftigen zu wollen.

Der Verbands-Vorstand.
J. A. Albin Mohs.

Cotenliste des Verbandes.

Christoph Adam, Karlsruhe † 7. Oktober 1906 im Alter von 36 Jahren.	Josef Thoma, München † 10. Oktober 1906.
--	---

Ehre ihrem Andenken!

Alte Nummern der „Gewerkschaft“ gesndt!
In unserm Archiv fehlen folgende Nummern der „Gewerkschaft“:
1897 Nr. 1, 3, 6, 11, 13, 18 u. 19. - 1898 Nr. 2, 8 u. 22.
- 1899 Nr. 23. - 1901 Nr. 1, 2 u. 23. - 1902 Nr. 2, 4, 8, 10, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 u. 26. - 1903 Nr. 2, 17 u. 26.
Von der „Ehrenamts-Verantwortung“ fehlen:
1904 Nr. 5.

Der Verbands-Vorstand.

Druck: In Verbindung des Verlags der in Gießen und in Berlin erschienenen „Gewerkschaft“ mit dem in Gießen erschienenen „Vorwärts“ und dem in Berlin erschienenen „Kriegs- und Arbeiter-Zeitung“.